

2015: Wirtschaftssünden der Bundesregierung

Rekordarbeitslosigkeit, Investitionsstopp sowie eine hohe wirtschafts- und standortfeindliche Politik sind die „Errungenschaften“ der dilettantisch agierenden Bundesregierung. Unsere Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe als Leistungssäulen der heimischen Wirtschaft mussten deshalb in diesem Jahr erneut mit einem strauchelnden Konjunkturmotor kämpfen. Längst anstehende „Reparaturen am System“ wurden von den Regierungsparteien vernachlässigt und wirtschaftsfreundliche Maßnahmen nicht umgesetzt!

Die Zahlen und Fakten sind eindeutig und sprechen eine klare Sprache: Eine vor kurzem veröffentlichte Studie der Weltbank und PwC (Paying Taxes 2015) verdeutlicht die schweren Belastungen der heimischen Betriebe. Österreich rutscht dort im internationalen Vergleich von Platz 72 auf 74 ab. Mehr als 80 Prozent der 189 untersuchten Länder haben eine wesentlich geringere Steuerlast als Österreich!

Wir weisen die zweithöchste Arbeitszusatzkostenbelastung in der Sachgütererzeugung, die sechsthöchste Staatsausgabenquote (52,1 Prozent des BIP 2015) und die sechsthöchste Steuer- und Abgabenquote (43,9 Prozent des BIP) weltweit auf! Trotzdem sieht die rot-schwarze Bundesregierung keinen Handlungsbedarf – ganz im Gegenteil – die Wirtschaft wurde 2015 mit weiteren Mehrbelastungen torpediert.

Dazu kommt noch das doppelte Spiel der rot-schwarzen Sozialpartnerschaft. Gewerkschafter und Kämmerer hätten auch 2015 jederzeit die Möglichkeit zur raschen steuerlichen und bürokratischen Entlastung der Leistungsträger gehabt, um gemeinsam mit einer Stimmenmehrheit in ihren Fraktionen im Nationalrat die Gesetze zu ändern. Sie haben es aber verabsäumt und somit werden die Unternehmer mit einer Vielzahl von unternehmensfeindlichen Fehlritten konfrontiert.



Belastungen &

Steuer/Tarifreform

Die propagierte Lohnnebenkostensenkung wird nicht zu einer Entlastung der Unternehmer führen, denn die Einnahmen zur Finanzierung derselben holt man sich gerade wieder von den KMU. Der größte Brocken soll nämlich aus dem Bereich der „Betrugsbekämpfung“ lukriert werden und hier durch die Registrierkassenspflicht in Kombination mit der Belegerteilungspflicht. Sie soll 900 Millionen Euro einspielen.

Zusätzlich ist es zynisch, von einer gelungenen Tarifreform zu sprechen, wie man anhand folgenden Beispiels sieht: Der typische mittelständische Unternehmer ist in seiner GmbH angestellt und schüttet sich am Ende des Jahres den Gewinn aus. Durch die künftig höheren Steuern auf die Gewinnausschüttung (KESt-Erhöhung auf 27,5%) verliert er dadurch mehr, als er durch die Tarifreform gewinnt und verdient somit weniger als vorher!

Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Jede finanzielle Entlastungsmaßnahme wird in erster Linie einnahmenseitig und nicht ausgabenseitig kompensiert. Und solange dies so weiter geht, wird sich auch an der depressiven, zurückhaltenden Investitionsstimmung nichts ändern und unseren Abstieg ins europäische Mittelmaß nicht umkehren.

Abgabenänderungsgesetz

Weitere finanzielle Belastungen kommen auch von hier. Erwähnenswert ist etwa die **Schaum-**



weinsteuer, die den Sektpreis um 90 Cent pro Liter in die Höhe treibt. Der Sektabsatz erlebte 2015 einen spürbaren Verkaufseinbruch. Sogar Traditionsunternehmen denken laut über Kündigungen nach.

Die räumliche Einschränkung der **Gruppensteuer** ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Für den Wirtschafts-

standort Österreich sind derartige Regulierungen schädlich. Unternehmen werden Auslandsinvestitionen künftig einfach über Zweigniederlassungen tätigen.

Die **Rücknahme der GmbH-Reform** war ein enormer Fehler! Vielen Jungunternehmern ermöglichte die „GmbH light“ einen leichteren Eintritt in die Selbstständigkeit. Das Kippen der Reform verursachte einen deutlichen Gründungsrückgang.

Basel III

Die heimischen Kreditinstitute erleben durch die Basel-III-Eigenkapitalvorschriften finanzielle und vor allem bürokratische Strapazen, die natürlich wieder auf den Kreditnehmer - also die Unternehmer - zurückfallen. Die höheren Kosten (ein Millionenbetrag!) können laut Branchenvertretern nur über höhere Zinsen und Gebühren für Kredite ausgeglichen werden. Gerade die kleinen - vor allem - regionalen Bankinstitute sind Förderer und Wegbereiter unserer heimischen Betriebe. Durch diesen regulatorischen Wahnsinn geraten die Regionalinstitute immer mehr unter Druck, womit auch die Belastungen für die Unternehmerschaft steigen.

Bürokratiewahn

Grunderwerbssteuer

In Zukunft bildet nicht mehr der dreifache Einheitswert, sondern der „Grundstückswert“ die Bemessungsgrundlage für die Steuer. Im Begutachtungsentwurf für die „Grundstückswertverordnung 2016“ stehen 3 Bewertungsmöglichkeiten zur Diskussion: Das Pauschalwertmodell, wo Boden- und Gebäudewert nach einer komplizierten Formel berechnet werden. Die Ableitung des Grundstückswerts aus einem Immobilienpreisspiegel und falls man nachweisen will, dass der Grundstückswert niedriger ist als bei den bisher genannten Berechnungsmodellen, kann man ein Schätzgutachten eines Sachverständigen einreichen. Wo bleibt da die Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung? Teurer wird's jedenfalls!

Energieeffizienzgesetz

Enorme Belastungszuwächse - speziell bei Tankstellenbetreibern - wurden bei der Umsetzung scheinbar nicht bedacht. Gut die Hälfte der Tankstellen zählen zu den Energielieferanten und die zu setzenden Maßnahmen sind laut Branchenvertretern schwer bis gar nicht umsetzbar! Viele Betriebe können hier mit hohen Strafzahlungen rechnen. So ist auch die Übertragung von Effizienzmaßnahmen oder das Monitoring sehr bürokratisch und nicht unternehmerfreundlich.

Das VRUG-Monster

Das „Monster“ Verbraucherrechts-Richtlinie-Umsetzungsgesetz beschert den Unternehmen eine schier unüberschaubare Flut an Bürokratie! Verträge zwischen Unternehmer und Verbraucher, die außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen werden, unterlaufen einer komplizierten „Zettelwirtschaft“. Man muss den Kunden vor Vertragsabschluss zahlreiche Informationen zum Vertragsgegenstand oder zum Rücktrittsrecht schriftlich zukommen



lassen. Hat der Unternehmer keinen Beweis, dass er der schriftlichen Informationspflicht beim Rücktrittsrecht nachgekommen ist, verlängert sich die Rücktrittsfrist für den Verbraucher automatisch um maximal ein Jahr. Ein sehr komplexes, undurchsichtiges Reglement!

Wirtesterben durch Totalbevormundung und Überregulierung

Anstatt Wirte und Konsumenten die Wahlfreiheit zu lassen, ob sie ein Nichtraucherlokal, ein Raucherlokal oder ein Lokal mit Nichtraucher- und Raucherbereich betreiben bzw. besuchen, verordnet man via Bevormundungsgesetz, was das Beste für die Konsumenten sein soll und vergisst dabei aber auf die Wirte, die mit der "Steuerreform" schon schwer genug geschädigt werden. Die Umsetzung der Allergenkennzeichnung war ein Bürokratieakt für die Gastronomie, da die Informationspflicht nicht nur mehr auf der Verpackung von Lebensmitteln, sondern nun auch auf Preistafeln loser Waren und Speisekarten besteht. Dafür braucht man ein regelrechtes Allergen-Management. Und die Registrierkassenpflicht wird ihr übriges dazu tun!

Standortpartnerschaft statt Sozialpartnerschaft

Man muss für die dringend notwendigen Reformen und deren Umsetzung auch einmal die vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten kritisch und selbstreflektierend hinterfragen. Es ist einfach nicht mehr zu akzeptieren, dass jede Forderung nach einer Verbesserung des Wirtschaftsstandortes immer an die Erfüllung einer Gegenforderung der Gewerkschaft gekoppelt ist und Entlastungen immer mit Belastungen kompensiert werden! Wir brauchen daher eine Standortpartnerschaft, die nicht von ideologischen Zwängen bestimmt wird, sondern von einer Verbindlichkeit geprägt ist. Mit folgenden klar formulierten Zielen für unsere Wirtschaft können dringend nötige Spielräume geschaffen werden, um wieder in das europäische Spitzenfeld einzuziehen:

- ➔ **Echte Senkung der Lohnnebenkosten**
- ➔ **Umsetzung der „Neuen Arbeitswelten“**
- ➔ **Senkung der Einkommensteuern**
- ➔ **Erleichterungen bei Unternehmensfinanzierungen**
- ➔ **Ankurbelung von Investitionen**
- ➔ **Ermöglichung gewerblicher Güterproduktion**
- ➔ **Wettbewerbsfähigkeit steigern**
- ➔ **Befreiung von Zwängen**
- ➔ **Sozialversicherungsreform: eine Versicherung - ein Beitrag!**